

Die vergessenen Kinder von Odessa

Unterwegs mit einer Sozialpatrouille in der Aids- und Obdachlosenhauptstadt der Ukraine

Von Paul Flückiger, Odessa

Aleksander klettert mit einer Stirnlampe durchs Kellerfenster ins Innere eines Eckhauses an der Osipowa-Strasse. «Hey, Jungs, seid ihr hier?», hallt seine Stimme aus dem dunklen Kellerloch. Nach einer Weile klettert der knapp 20-jährige Rotschopf aufs Trottoir zurück und schüttelt den Kopf. Entweder seien die Bewohner alle ausgeflogen, vielleicht wechselten sie auch gerade das Quartier.

Aleksander stammt aus Transnistrien und hat bis vor zwei Jahren selbst auf der Strasse gelebt. Heute arbeitet er als Freiwilliger bei der humanitären Organisation «Doroga k domu» («The Way Home»), die sich um minderjährige Obdachlose in Odessa kümmert. Im in der Nähe des Hauses abgestellten Kleinbus diskutiert er mit Roman, dem verantwortlichen Sozialarbeiter, wer seines Wissens zuletzt in dem Kellergeschoss gehaust hat. Dass alle gleichzeitig in der nahen Shoppingmeile am Betteln sind, hält man für unwahrscheinlich.

Die Stadt von ganz unten

Der als Sozialpatrouille gekennzeichnete Kleinbus der Stiftung fährt nun stadtauswärts ins Wohnquartier Tairowa. Unweit eines Wohnblocks an der Korolewa-Strasse hat man mehr Erfolg. Eine gute Viertelstunde nachdem Aleksander einen rostigen Dolendeckel weggeschoben und in den Schacht gerufen hat, zeigt sich ein etwa 18-Jähriger mit abgewetzter Jacke und einem Zigarettenstummel im Mund in der Öffnung. Mühselig klettert der Jugendliche heraus, macht ein paar unsichere Schritte und streckt der wartenden Patrouille einen Zettel entgegen. «Bitte bringt mir eine Jacke, ein Leintuch und Zahnpasta – Natascha», steht darauf in schöner, fast zierlicher Schrift.

Natascha hat kürzlich ein Kind bekommen, dank der Sozialpatrouille schaffte sie es zur Entbindung in ein Spital. HIV-infiziert sei das Baby leider dennoch, erklärt später eine Sozialarbeiterin in der Stiftungszentrale unweit des Hafens. Hier unterhält Way Home in einem Hinterhof ein Auffangheim mit 25 Schlafräumen für ausstiegswillige Strassenkinder. «Besonders die Drogensüchtigen wollen oft nicht weg von der Strasse», erklärt Sergej Kostin, der Direktor. Anfang der 1990er-Jahre hatte auch er sich Drogen gespritzt. Er kennt Odessa von ganz unten.



Hoffnungslos. In Odessa leben bis zu 3000 Kinder auf der Strasse, wo sie selbst gebraute Drogen spritzen. Foto AFP

1994 hat man in Odessa 35 HIV-infizierte gezählt, heute gibt es in keiner Stadt der Ukraine so viele Aidskranke wie hier. Aktuelle Schätzungen gehen von 30000 HIV-Infizierten in der Millionenstadt aus. Genaue Zahlen kennt niemand – alleine Kostins Stiftung zählte 2009 83 HIV-positive Kinder. 57 Prozent der von seiner Stiftung betreuten Strassenkinder zwischen 8 und 18 Jahren – jedes vierte ist ein Mädchen – konsumieren Injektionsdrogen, 84 Prozent legen ein risikoreiches Sexualverhalten – oft auch für Geld – an den Tag.

Die Hafenstadt Odessa erlebte seit dem Bürgerkrieg in der Moldau Anfang der 1990er-Jahre einen sprunghaften Zuwachs von Obdachlosen. Um die Jahrtausendwende gab es bis zu 6000 obdachlose Kinder, heute hausen in den Wintermonaten noch 500 bis 1000 Kinder zumeist in Heizungsschächten, in

der sommerlichen Schwarzmeer-Touristensaison steigt die Zahl auf 2000 bis 3000. Etwa 40 Prozent von ihnen stammen aus der Moldau (inklusive Transnistrien), viele auch aus Russland. Dazu kommen laut Kostin mindestens 11000 obdachlose Erwachsene.

Batuschka in dreckigen Spritzen

Mithilfe der 1996 gegründeten, von der Unicef und der deutschen Caritas mitfinanzierten Organisation hat der 19-jährige Miroslaw den Ausstieg versucht. Doch Probleme mit seinem gewalttätigen Vater brachten ihn immer wieder auf die Strassen von Odessa zurück. Heute steht er auf der Kippe, hat gerade eine Arbeit als Träger im Hafen bekommen. Seine drei Brüder allerdings sind immer noch auf der Strasse. Igor (18) lebt zusammen mit Natascha und sieben weiteren Jugendlichen im

Heizungsschacht an der Korolewa-Strasse. Sie alle würden Batuschka konsumieren – die hausgemachte Amphetaminmischung der postsowjetischen Drogensüchtigen –, erklärt Igor ohne Umschweife. Das Geld dafür bettelten sie sich auf der Strasse zusammen.

Die nächste Station der Sozialpatrouille ist das Venerologische Labor von Odessa. Nach ihrer regulären Arbeit steigt hier eine von der Stiftung finanzierte Ärztin zu. Sie entnimmt den Strassenkindern ambulant Blutproben, leistet Erste Hilfe und klärt vor allem auf. Die meisten ihrer Patienten wüssten mittlerweile, dass man Spritzen nicht mehrmals verwenden dürfe und nur geschützten Geschlechtsverkehr haben sollte, sagt die Spezialistin. Doch Wissen und Praxis würden beim Leben auf der Strasse schnell auseinanderdriften. Nataschas HIV-positives Kind

macht sie traurig und wütend zugleich: «Wir haben die Medikamente, aber man muss sie halt auch einnehmen, und nicht nur Batuschka spritzen», sagt sie.

Nun will sie eine werdende obdachlose Mutter direkt am Hafen besuchen. Vier junge Russen – zwei Männer und zwei Frauen – haben dort in einem Abbruchhaus ein Zimmer hergerichtet. Das glaslose Fenster zur viel befahrenen Strasse hin haben sie mit Karton behelfsmässig dicht gemacht. Fließendes Wasser gibt es keines. Kürzlich sei der Dachstock eingestürzt und habe einem Zehnjährigen den Fuss zerdrückt, erzählt Sozialarbeiter Roman. «Der Junge nahm ein Stück Faden und nähte sich den blutenden Zeh einfach zu», sagt er trocken. Blutvergiftungen, Aids, Überdosen sowie Winter- und soziale Kälte rafften jedes Jahr Dutzende der vergessenen Kinder Odessas dahin.

Benedikt übernimmt das Ruder

Der Papst will in der Affäre Vatileaks Gelassenheit und Vertrauen wiedergewinnen

Von Roman Arens, Rom

Die Führung der katholischen Kirche steckt in einer Krise und räumt dies auch ein – direkt mit unüblich deutlichen Worten oder indirekt mit ungewohnten Aktionen. Papst Benedikt XVI., der bislang hilflos als Geschädigter der massenhaften Veröffentlichungen vertraulicher Dokumente erschien, hat den schwellenden «Vatileaks»-Skandal zur Chefsache erklärt und ein Krisenmanagement eingeleitet. Schon wird spekuliert, dass Kardinalstaatssekretär Tarcisio Bertone, der politische Arm des Kirchenoberhauptes und Schlüsselfigur finsterner Machenschaften, in absehbarer Zeit gehen müsse.

Der päpstliche Butler Paoletto Gabrieli schmachtet bereits mehr als einen Monat in einer engen Arrestzelle des Vatikanstaates. Der vom Papst «wie ein Sohn Geliebte» (Bertone) hat zugegeben, Geheimpapiere weggeschafft zu haben. Aber gewiss nicht er allein; es wird geschätzt, dass bis zu zwanzig andere Personen – jeweils für sich allein, lose koordiniert oder als Gruppe – zu Geheimnisverrätern geworden seien.

Wird die nun schon seit über vier Monaten auf- und abschwellende Welle der oft peinlichen, oft läppischen Publikationen weitergehen? Das weiss niemand. Genauso wenig kennt man die Motive der Maulwürfe. Wollen sie Missstände, Korruption und Machtinfragen ans Licht zerrén, wie einige anonym in

Interviews behaupten, um Reinigung und Reform der Kirche zu fördern? Oder wollen sie vor allem den unbeliebten Kardinalstaatssekretär treffen, der seine eigene Seilschaft in der Kurie pflegt und den Einfluss alter Machtzirkel zurückgeschnitten hat?

Kritik an führungslosem Oberhaupt

Bis jetzt sind auch die wahren Gründe für den auffällig brutal formulierten Rauswurf von Ettore Gotti Tedeschi, dem obersten Vatikan-Banker, noch nicht ermittelt. Bei dem Ratzinger-Freund, Wirtschaftsethik-Professor und Opus-Dei-Mitglied haben die in einer anderen Korruptionssache ermittelnden Staatsanwälte ein umfangreiches Dossier über einen internen Krieg in der Bank IOR gefunden. Dieses Dossier sollte, falls ihm etwas zustossen sollte, laut Verfügung von Gotti Tedeschi, der europäische Standards an Transparenz und gegen Geldwäsche in seiner Bank einführen wollte, auch an Benedikt XVI. übermittelt werden.

«In dieser Krise», so der Kardinalstaatssekretär, würden die Medien positiven Wirken der Kirche «absichtlich ignorieren oder unterschlagen» und weiter «Märchen erfinden»: «Viele Journalisten imitieren Dan Brown.» Doch ein solcher Entlastungsangriff kann die Turbulenzen in der Kurie und den gewaltigen Imageschaden der Kirchen-spitze nicht beheben. In Kommentaren wurde dem Papst vorgehalten, er lasse die Dinge treiben und es an Führungs-

wille und -kraft fehlen. «Wir merken, dass unsere Glaubwürdigkeit in Zweifel gezogen wird», sagte Erzbischof Angelo Becciu, Bertones Vize, in seltener Offenheit, «wir leben in einem völlig ungewöhnlichen Moment.» Das hat den Papst dazu gebracht, nun das Ruder zu übernehmen. Am Samstag rief er als Auftakt von auch in den kommenden Tagen angesetzten Beratungsrunden zunächst die Chefs aller «Dikasterien» (Ministerien) zu einer aussergewöhnlichen Versammlung zusammen, bevor er sich am Nachmittag in seinen Privatgemächern im Apostolischen Palast mit fünf Kardinälen seines Vertrauens beriet.

Dieses Krisentreffen in ungewohnter Besetzung sollte, so die amtliche Verlautbarung, «dazu beitragen, das gewünschte Klima von Gelassenheit und Vertrauen in die römische Kurie wiederherzustellen». Diese öffentliche Erklärung aus dem Vatikan, wo Worte dreimal auf die Goldwaage gelegt werden, war gewichtig.

Was intern hinter den dicken Mauern des Kirchenstaates besprochen worden sein soll, wussten Medien auch zu berichten. Auf die Frage, ob der bald 78-jährige Kardinalstaatssekretär Bertone im Amt bleibe, soll Benedikt anders als früher geantwortet haben: «Nein, sein Alter und seine Gesundheit lassen das nicht zu.» Das war in Anführungszeichen zitiert zu lesen. Ob es wohl ein «Märchen» war?

Tageskommentar Seite 2

Debatte über EU-Volksabstimmung

Deutschland benötigt möglicherweise eine neue Verfassung

Von Patrick Marcolli, Berlin

Kommt es in Deutschland eher mittelfristig zu einer Volksabstimmung über eine Vertiefung der europäischen Integration? Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU), ein überzeugter Europäer, hat dies in einem Interview mit dem «Spiegel» angedeutet: «Ich gehe davon aus, dass es schneller kommen könnte, als ich noch vor wenigen Monaten gedacht habe.»

Hintergrund von Schäubles Bemerkung sind Überlegungen, die Europäische Union auch zur Vermeidung künftiger Wirtschaftskrisen politisch zu einer Einheit zu machen. Dazu könnte eine gemeinsame Regierung gehören, ein gestärktes Europäisches Parlament, eine zweite Kammer aus Vertretern der einzelnen EU-Staaten sowie – wie es Schäuble vorschwebt – eine koordinierte Finanzpolitik mit einem gemeinsamen Finanzminister.

Weitgehend ausgeschöpft

Damit solche Ziele aber erreicht werden könnten, bräuchte Deutschland eine neue Verfassung. Andreas Vosskuhle, Präsident des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe, hat eine Volksabstimmung über ein europäisches Grundgesetz bereits im Herbst des vergangenen Jahres ins Spiel gebracht: Er erachtet den Rahmen des bestehenden Grundgesetzes für eine weitergehende europäische Integration als weitgehend ausgeschöpft. Für eine neue Verfassung aber

brauche es einen Entscheid des Souveräns. «Ohne das Volk geht es nicht», sagte Vosskuhle.

Tatsächlich gebigt sich Deutschland bereits heute immer mehr in eine verfassungsrechtliche Grauzone. Das Verfassungsgericht hat die Regierung wiederholt dafür gerügt, das Parlament in Fragen der Euro-Rettung zu wenig zu berücksichtigen.

So sei der Bundestag beim Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), über den übermorgen Freitag befunden wird, nur unzureichend informiert worden, urteilte es vergangene Woche. Für diese Abstimmung strebt Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) im Übrigen eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag an. Damit sollen etwaige «verfassungsrechtliche Risiken» beseitigt werden, sagte ein Regierungssprecher. Da es sich bei der Zuweisung von Aufgaben und Befugnissen an die EU – was beim ESM der Fall ist – laut Verfassungsgericht um «eine Übertragung von Hoheitsrechten» geht, braucht es möglicherweise mehr als nur die einfache Mehrheit der Abgeordneten.

Schäubles Idee einer Volksabstimmung wird unterschiedlich aufgenommen. Während sich Kanzlerin Merkel zurückhaltend äusserte und durch ihren Sprecher ausrichten liess, der Zeitpunkt dafür sei nicht gekommen, erhielt der Finanzminister Lob vor allem von linker Seite. Die SPD sei schon lange der Auffassung, dass es eine Volksabstimmung geben müsse, sagte der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel.